

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Besinnung statt Aktionismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1985) : Besinnung statt Aktionismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 6, pp. 266-267

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136044>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Besinnung statt Aktionismus

Die schwere Niederlage der CDU in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl hat zu einer neuen Diskussion über die Wirtschaftspolitik geführt. Für viele Beobachter gilt als ausgemacht, daß die Wähler im größten Bundesland indirekt der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung eine Absage erteilt haben. Offen bleibt dabei allerdings die Frage, wieso dann der kleine Koalitionspartner so viel besser abschneiden konnte. Viele in der unterlegenen Partei neigen zu der Auffassung, diese Politik sei einfach schlecht verkauft worden. Andere halten sie in Details für tatsächlich schlecht, z. B. in der Verteilung der Belastungen. Dritte scheinen aus opportunistischen Gründen bereit zu sein, das Konzept mehr oder weniger in Frage zu stellen.

Vor gut zwei Jahren haben die Wähler – auch im Bundesland Nordrhein-Westfalen – der Koalition von CDU/CSU und FDP ein eindrucksvolles Mandat für eine Politik erteilt, die von der zutreffenden Diagnose ausging, daß unsere Wirtschaft nicht hauptsächlich unter Nachfragemangel, sondern in erster Linie unter Verzerrungen auf der „Angebotsseite“ leidet. Die Alternative, die „Nachfragepolitik“, hatte ja auch allzu offensichtlich versagt. Weshalb haben sie nun kein Vertrauen mehr in die neue Politik? Unter den vielen Antworten, die darauf gegeben werden können, hat wahrscheinlich diese den größten Erklärungswert: Die Wähler sind enttäuscht über die Ergebnisse. Im Vordergrund ihres Bewußtseins steht nicht, daß unsere Wirtschaft nun im dritten aufeinanderfolgenden Jahr wächst – während sie sich bis zur „Wende“ in einer schweren Rezession befand –, sondern daß dies in nur mäßigem Tempo geschieht; auch nicht, daß die Arbeitslosigkeit seit zwei Jahren wenigstens stabilisiert ist – während sie vorher lange beängstigend stark zunahm –, sondern daß sie nicht abnimmt; und schließlich auch nicht, daß die Realeinkommen der Beschäftigten wieder steigen – während sie vorher jahrelang zurückgingen –, sondern daß der Anstieg sehr bescheiden ist.

Alles in allem sind die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik besser als ihr Ruf bei den Wählern. Damit stellt sich natürlich die Frage, weshalb das so ist. Auf die Mängel der Informationspolitik der Bundesregierung ist oft genug hingewiesen worden. Sie wirken sich um so nachteiliger aus, als die Berichterstattung eines Teils der Medien nicht selten desinformierend ist, sei es aus Unkenntnis der Zusammenhänge, sei es aus Abneigung gegen die herrschende Richtung. Wenn es der Regierung nicht einmal gelungen ist, den Bürgern wenigstens diejenigen Erfolge ins Bewußtsein zu rücken, die erzielt worden sind, wie soll es dann erst gelingen, ihnen die nicht ganz einfach zu verstehende Philosophie zu vermitteln, die ihrer Wirtschaftspolitik zugrunde liegt? Da haben es die unentwegten Befürworter der Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe leichter; daß man mit einem solchen Geldsegen die Wirtschaft ankurbeln kann, muß doch jedem einleuchten – jedenfalls auf den ersten Blick. Glücklicherweise erinnern sich aber viele doch noch daran, daß solche Programme in der jüngeren Vergangenheit immer nur kurzlebige Strohfeuer auslösten, von denen nichts als eine weiter erhöhte Staatsschuld zurückblieb.

Den Informationsdefiziten steht mindestens in einem Punkt eine Überversorgung der Bürger mit Informationen gegenüber, die ebenfalls fatal ist: Die Bundesregierung erweckt ständig den Eindruck, ihre Politik bestehe hauptsächlich darin, das Staatsdefizit zu verringern. Das assoziiert der einzelne Bürger notwendigerweise mit der Vorstellung von Opfern, die man ihm abverlangt (obwohl jetzt kaum noch neue hinzukommen), also mit etwas Negativem. Diesen Eindruck zu erwecken, ist nicht nur schlechtes „Marketing“, sondern es ist einfach falsch. Die Reduzierung des Staatsdefizits hatte nie den Stellenwert eines „Ziels“, sondern immer nur den eines Mittels. (Die Fiskalisten haben das allerdings wohl nicht verstanden.) Das wirtschaftspolitische Ziel der Bundesregierung ist nicht mit Begriffen des „Weniger“, sondern des „Mehr“ zu beschreiben: mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und letztlich auch mehr Einkommen.

So gravierend die Fehler beim „Verkaufen“ der Wirtschaftspolitik auch waren – dies ist nicht der entscheidende Punkt. Vielmehr reichen die bisher erzielten Ergebnisse tatsächlich nicht aus, um die großen Probleme zu lösen. Das hat teilweise Gründe, die nicht von der Bundesregierung zu vertreten sind, sondern die in der Tarifpolitik liegen. Vieles ist jedoch der Bundesregierung anzulasten – nicht ihrem wirtschaftspolitischen Konzept, sondern seiner höchst unvollkommenen Umsetzung in politisches Handeln. Das ergibt sich schon aus einem Vergleich dessen, was sie zu Beginn der Legislaturperiode an Absichten verkündete, mit dem, was sie tatsächlich getan hat.

Die Liste der Versäumnisse ist lang, vor allem auf ordnungspolitischem Gebiet. Es ist zu wenig geschehen, um die erkannten Rigiditäten abzubauen, die die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen. Schlimmer noch ist, daß es inzwischen nicht wenige Schritte in die falsche Richtung gibt; das hervorstechendste Beispiel ist die Subventionspolitik. Es ist schwer zu sagen, ob dabei der Mangel an politischem Durchsetzungsvermögen (wie wird es darum erst nach diesem Wahldebakel bestellt sein?) oder an ökonomischer Einsicht die größere Rolle gespielt hat. Wenn sich die Regierung fragt, was künftig besser gemacht werden kann, dann finden sich in der Ordnungspolitik viele Antworten.

Fehler und Versäumnisse sind auch für die Konsolidierungspolitik kennzeichnend, auf deren Erfolge sich die Bundesregierung besonders viel zugute hält. Das HWWA-Institut gehört zu den entschiedenen Befürwortern der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Aber es hat immer den Standpunkt vertreten, daß Konsolidierung nicht einfach Reduzierung des Staatsdefizits heißt, gleichgültig auf welche Weise. Konsolidierung, die den Namen verdient, bedeutet viel mehr. Dazu gehört die Umstrukturierung der Staatsausgaben und -einnahmen in wachstumsfördernder Richtung; die Senkung der Ausgaben- und Einnahmenquote des Staates, gemessen am Bruttosozialprodukt; das alles unter Reduzierung des Staatsdefizits, wobei dessen Tempo auch von der Berücksichtigung der anderen Gesichtspunkte abhängig sein muß.

Mißt man daran die Wirklichkeit der Konsolidierungspolitik, so fällt das Urteil ganz anders aus, als wenn man sich einfach an die Entwicklung des Defizits hält. Ob es der weiter gestiegene Anteil der konsumtiven Ausgaben, die Zunahme statt Abnahme der Subventionen oder die Erhöhung statt Senkung der Belastung mit Sozialabgaben ist – dies alles ging in die falsche Richtung. Auch hier finden sich also viele Antworten auf die Frage, was künftig besser gemacht werden kann.

Nicht ein Schwächeanfall unserer Wirtschaft, sondern eine verlorene Landtagswahl hat den Anstoß zu der neu aufgeflammt wirtschaftspolitischen Diskussion gegeben. Das ist ein wesentlicher Unterschied, denn so besteht kein akuter Handlungsbedarf. Dagegen gibt es Grund – aber auch Zeit – zur Besinnung. Ausgangspunkt aller Überlegungen muß sein, daß es zum Konzept der vorwiegend angebotsorientierten Politik weiterhin keine Alternative gibt. Die Umsetzung ist jedoch erheblich verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Die erste Chance liegt in einem Überdenken der Steuerreform; die heute noch dominierende fiskalische Argumentation sollte einer ökonomischen Betrachtungsweise weichen. Der größte Fehler, den man jetzt machen kann, wäre Aktionismus. Für die sozialliberale Koalition war er bekanntlich der Anfang vom Ende.